Abhandlung
über
das Recht der Pensionen.

Von
Hofrat H. Grund.

1811.
giebt mir den Muth, diese Abhandlung öffentlich erscheinen zu lassen, obwohl beide Werke dazu beitrugen, meinen Gedanken über diesen Gegenstand mehr Klarheit und Vollständigkeit zu geben.

Regensburg im Oktober 1811.

In dem ehemaligen kaiserl. privileg. Reichsanzeiger Nro. 6. 1805 erschien ein Aufsatz: „Über das Borenthalten der Witwenpensionen“ vorinn die Worte vorkommen:

„Aber ist es nicht empörende Unbitt, daß mitten unter so viel drückenden Zeiträumen, welche den reiblichen Erwerb eines Amtes verzögern, erschweren, mit Verdruss und Besorgnissen vergällen, und Lebens-Konsumption ungleich früher herbeiführen, so ganz kein Entscheidungsgrund gelten soll, um Witwenpensionen als unwiderspruchliche Forderungen des Rechts durchzuführen? Woß für hat der Staatsmann im mehrjährigen Kampfe mit Bedürfnis, Verführung und Laster die Kräfte seiner Gesundheit, und durch täglich neueroberten Dienstaufwand, für Reisen, Litteratur u. dgl. das Vermögen aufgeopfert, wenn seine letzten Stunden nicht getrostet sind durch wahrcheinliche Hoffnung, daß seine Witwe leben könne?“

Die Sache selbst ist eng mit unserm politischen Dasein verbunden, und verdient grundsätzlich und wissenschaftlich beurtheilet zu werden. Wenn wir eine Untersuchung über die Mittwochenpensionen anstellen wollen, so können wir diesen Punkt nicht isolirt behandeln, sondern wir werden durch die natürliche Verbindung des Objekts auf die Staatsdienner zurückgeführt. Der politische Zustand, in welchen der Tod des Staatsdieners die zurückgelassene Gattin und die Kinder verseget, ist eine Folge des Zustandes, in welchem jener sich befunden hat; also müssen wir in den Bestimmungen dieses den Grund suchen, von dem wir in der Beant-

wortung der Frage über die Pensions der Mittwochen ausgehen können.

Es ist wahrhaft eine Belohnung für den Menschenfreund, über eine Sache nachzudenken, und für sie zu wirken, welche fast täglich zur Sprache kommt, aber hie und da nicht selten auf dem glücklichen Zufalle beruhten, einen gunstigen Augenblick für das gemachte Ansuchen zu erhaschen, oder in demjenigen, der geben soll, Einsicht und Gefühl zu finden.

Man kann es schon zu einem unangenehmen Familienereignisse zählen, wenn ein Mann durch körperliche oder moralische Gebrechen oder durch andere widrige Kombinationen ausser Dienstaktivität, und in den Pensionstand verseget wird, oder wenn der Tod des Familienvaters die politische Lage der Rückgelassenen isolirt. Um so mehr müssen Recht und Willigkeit mit dem menschlichen Herzen in einen Bund treten, solche Individuen möglichst zu unterstützen, und ihrer Situation eine auf Grundsfagen ruhende Bestimmung zu geben.

Sonst — vielleicht an manchen Orten noch jetzt — glaubte die Regierung ihrem Be-
Welche prekäre Lage, welches traurige Lotse auf solche Art der zurückgelassenen Familie zurechtzusetzen werde, kann dem Blicke des Beurteilers nicht entgehen. In der That der Menschenfreund muss zurücktreten bey der Be-merkung, dass die Witwe und ihre Kinder, von den Armen des Gatten und Vaters so eben losgerissen, nunmehr Niemanden angehören, dass sie sich und ihrem unglücklichen Schicksale überlassen, der schwachen Hoffnung auf Menschenliebe hingegeben, ein bloßer Gegenstand der Müßigheit und einer schwanken-den Gnade werden sollen.

Nein – Rechtsgedank und Vernunft sprechen laut dagegen, sie verlangen, dass hier ein festeres Motiv, als die Gnade, das Wort zu führen habe; sie geben den Ausdruck, dass die Pensionen in dem vollkommenen Rechte ge-gründet sind, und wir werden sehen, dass dieses Thema sich allerdings aus der Natur des Staates, als Inbegriff vollkommener Rechte und Verbindlichkeiten, beweisen lässt.

Wenn der Fürst Personen, deren Dasein entbehrlich ist, entweder aus bloßer Liberalität, oder für Dienste, welche von einem intellek-
tuellen Wirkungskreise so entfernt, wie für die permanente Zwecke der Staatsregierung unwe-  

tenztlich sind, und mit den Staatsämtern nichts  

gemein haben, eine Rente bewilligen, so ist es  
eben so wenig eine Pension zu nennen, als es  
die für gewisse vorübergehende Dienste gemach-  
te Remuneration, oder als es die Gratifikation  

ist.

Etwas ganz Anderes ist es, was wir  
Pension heißen.

Pension ist im eigentlichen Sinne eine  
 Folge der Besoldung. Sie kann bloß demjeni-  
gen zu Theil werden, welcher einen Staats-  
dienst bekleidet hat. Daher treten die zwey  
Säge hervor:

a) Nur die Staatsdiener, wenn sie ausser  
Thätigkeit gesezht werden, genießen Pen-  
sion. Sobann

b) der Rechtsgrund und der Maßstab, wel-  
cher für die Staatsdienste und für die  
Besoldungen ausgestellet ist, gilt auch für  
die Pensionen.

Um einen richtigen Begriff zu erhalten, müssen  
Wir auf die Natur der Staatsdienste zurückgehen.

So lange die Vorliebe zu dem positiven  
Rechtsstudium der Philosophie die Schranken  
verschloss, war nicht zu erwarten, das über  
Gegenstände gedacht und geschrieben werde,  
welche außer den Grenzen der bloß materiellen  
Kenntnisse liegen. Mußte ja erst der Weltphä-  
nische Friedensschluß und das Bedürfnis einer  
ystematisichen Bearbeitung des Naturrechts fäh-  
len machen, und sie zu das Genie des unsterb-  
llichen Hugo Grotius erwecken. Nur den neueren  
Zeiten, mit welchen die Mutter Philosophie ih-  
re leuchtende Fackel tiefer in das unwölbte Ge-  
beit der positiven Wissenschaften trug, war es  
vorbehalten, den Geist hin nach unbekannten  
Ideen zu richten, und dort aufzuhelfen, wo es  
noch dunkel war. Daher kommt es, daß die  
richtige Lehre von dem Staatsdienste — das  
fruchtbare Resultat des philosophischen For-  
tsches — bis auf umfalte Zeiten unbearbeitet  
lag, und daß es erst Seuffert, von der  
Becke, und Günner sind, welche die Natur  
und Eigenschaft der Staatsdienste nach philo-  
sophischen und rechtswissenschaftlichen Grundfäs- 
chen untersucht, die lehrreichen Früchte ihres  
Nachdenkens in eigenen Wecken der Welt mit-  
getheilet, und darinn der höhern Klasse der
Staatsdiener ein unverkennbar wohltätiges Geschenk gemacht haben a).

Es kann nicht der Zweck dieser Abhandlung sein, sich über die Natur der Staatsdienste systematisch zu verbreiten, die wissenschaflliche Theorie derselben ist von den bemerkten Gelehrten meisterhaft vorgetragen, sondern jene nur in so weft zu berühren, in wie weit sie mit meinem Thema von den Pensionen in Beziehung stehen.


Seuffert in der angeführten Schrift S. 121. §. 69. sagt: „Zu den bloß zufälligen Rechten (des Staatsdienerns), zu deren Erhöhung ein besonderer Vertrag nöthig ist, gehört das Recht auf eine Pension für die hinterlassenen Witwen, das Recht auf Kanonikate, Stipendien und Staatsdienste für die Kinder der Staatsdiener. Verläßt der Staatsdiener sein Amt, es geschehe auf was immer für eine Art, durch Tod, durch Resignation oder Entlassung, so ist das Verhältniß zwischen dem Staate und Staatsdiener ausgelöst. Der Grund, warum der Diener dem Staate eine Beförderung erhält, nämlich die Verbindlichkeit zur Entschädigung, ist nicht mehr, solglich kann die Witwe auf eine Gnadenpension keinen Anspruch machen u. s. w."

Von der Becke in der angeführten Schr. S. 123. §. 96. bemerkt:

„So ausgemacht das Recht auf eine Beförderung ist, so wenig ist das Recht auf die Versorgung der Kinder, auf eine Pension für die hinterlassene Witwe des verstorbenen Dienerns gegründet. Bloß der Diener war in des Staats

Nur Gönner in dem benannten Werke S. 147. § 54. erinnert:


Die Wahrheit dieses legen für Tausende segensvolle Sätze auszuführen, und den Ungrund der vorhergehenden Behauptungen zu zeigen, ist das mir gesteckte angenehme Ziel dieser Blätter. Ich werde daher vom Rechte der Pensionen

1) der Staatsdiener, sobann
2) ihrer hinterlassenen Familie
reden.
1) Die innern und äussern Verhältnisse eines Staates sind so weit umfassend, die Objekte, welche die Thätigkeit der Regierung erfordern, so mannigfaltig, dass Mitarbeiter von nöthen sind. Indem diese, von der Regierung beauftragt, in ihrem Namen zu einem befordern Staatszwecke in Handlungen einer bestimmten Art thätig sind, heißen sie Staatsbeamte, und der Inbegriff solcher Handlungen oder die übertragene Verwaltung eines Zweiges der Staatsregierung ist das Staatsamt.

Diese Ansicht überzeugt uns, dass die Lehre von dem Verhältnisse der Staatsämter in die Kategorie des öffentlichen Rechts gehört.


Demohngeachtet ist die Besoldung eine aus der Natur der Staatsseinrichtung hervorgehende Folge des anvertrauten Dienstes.

Niemand wird lügen, dass jedes Individuum schon in dem natürlichen Zustande nach

Indem nun ein Individuum, von seiner natürlichen Freiheit Gebrauch machend, für eine bürgerliche Erwerbsart, die ihn und eine Familie ernährt haben würde, den Staatsdienst wählen, so ist es sehr natürlich, daß er sich auf der literarischen Laufbahn dazu vorbereiten muß; und Wer kennt nicht den bedeutenden Aufwand von Zeit und Kosten, Wer kennt nicht die Aufopferungen, die damit verbunden sind?

Der Staatsdienst selbst aber ist nach der Natur des Gesellschaftsrechtes von der Beschaffenheit, daß jeder Bürger, ihn zu leisten, verbunden ist. Dieser allgemeinen Verbindlichkeit zu entsprechen, ist jedoch nicht jeder tauglich. Der Freiendienst und die rechtliche Gleichheit der allgemeinen Verpflichtung wird daher unterbrochen, indem der Staatsdienst nur von Wenigen, und nur von solchen Personen verrichtet werden kann, welche dazu die erforderlichen Kenntnisse besitzen. Diese Wenigen bringen aber dadurch, daß sie Staatsdienste leisten, dem gemeinen Wesen ein größeres Opfer, als die anderen Staatsbürger. Daher ist es billig, daß der Staat dafür, was ein Individuum über das Maß der gemeinen Beiträge leistet, Ertrag und Entschädigung gebe, um die rechtliche Gleichheit unter den verpflichteten Staatsbürgern wieder herzustellen. Diese Entschädigung heißt man die Besoldung, und es ändert die Sache gar nicht, ob diese in einer bestimmten jährlichen Geldsumme aus der Staatskasse oder
in Sporteln und Accidenzien, oder in Naturalien bestehen. Mit Recht sagt Schlozer: b) "Der Bürger thut alles selbst, die Regierung leitet nur. Kein Bürger braucht mehr, als der andere, zu thun, falls er nicht mehr, als der andere, vom Staate geniesset. Folglich muß jeder ohne Vergütung die nöthigen Dienste leisten, wenn an ihn die Reihe kommt. Aber es gibt Dienste, zu denen nicht jeder geschickt ist; hier hört das Reiheumgehen auf. Es werden beym Steigen der Kultur Dienste entstehen, zu denen eine langwierige, kostbare Vorbereitung nöthig sein wird; natürlich müssen nun die, die sich auf eigene Kosten vorbereitet haben, und Zeitlebens oder doch lange Staatsdienste leisten, von den Nebigen, die nie dienen, und doch gleiche Verpflichtung dazu haben, entschädigt werden, entweder mit Naturalien, oder mit dem erfun denen allgemeinen Maas der Ding-ge Geld genannt." 

Wenn der freie Bürger vermöge des ursprünglichen Rechtes des Menschen auf sich selbst von den vieler bürgerlichen Erwerbarten Eine

für seinen Nahrungsstand bestimmen darf, so folgt aus der Natur der Sache, und der gesellschaftlichen Einrichtung, daß darinn ein dauernder Nahrungsweig für ihn begründet wird; und wenn er statt dessen im Gefühl seiner Fähigkeit den Staatsdienst ergreift, so geht eben so aus der Natur der Sache hervor, daß der Staat ihm dafür eine unwiderrufliche, bleibende Entschädigung garantiren muß. Wenn schon der Staatsdienst eine Staatsverbindlichkeit ist, so kann jedoch die Gesellschaft keine Verbindlichkeiten auflagen, welche mit den Rechten des freyen Menschen und Bürgers in Widerspruch kommen. Daher involviren die Staatsdienste einen Erwas, oder sie sind, wie Hofrath Günner will, c) Erwerbsmittel, welche den Nahrungsstand bilben, und den Sag begründen: "daß sie so oft einen unwiderruflichen Nahrungsstand ausprechen, als der Bürger durch die Nebernahme eines Staatsdienstes einen andern dauernden Nahrungsweig ausgiebt." 

Die Entschädigung des Staatsdieners muß daher Erstens eine lebenslängliche sein.


c) a. a. D. 5ter Abfsn. § 40. und 41.
„Auch die sprechendste Billigkeit, sagen die würdigen Verfasser der Schrift: Neber die Entschädigung der Staatsdiener bey Aufhebung ihrer Stellen *) unterstüzt hier das Recht. Der Staatsdiener, durch die Natur des Staatsdienstes befugt, desselben für lebenslänglich zu halten, und verbunden, demselben sich und seine Kräfte zu widmen, ist dadurch abgetrieben, durch den Betrieb anderer Geschäfte zu erwerben, und seinen Zustand zu verbessern, er leidet also durch sein Amt einen Schaden, zu dessen Vergütung der Staat abermals um so mehr schuldig ist, als jedes bürgerliche Gewerbe, welches der Staatsdiener ergriffen hätte, ihm einen fortlaufenden Unterhalt gewähret haben würde, und es unbillig ist, wenn der Staat ihn darunter will leiden lassen, dass er sich dem Staatsdienste widmete.“

Wie die teutische Praxis so wohl der einzelnen teutschen Staaten, als des ganzen teut-


e S. 7. und f. f.

f) i. S. 1803. §. 59.
der Kampf mit Nahrungssorgen den sonst rechtlichen Mann verleiten wird, seiner Pflicht zu vergessen.

Die Arbeiten des Geistes sind zwar keinem Schätzungspreise unterworfen; aber wenn man in Erwägung zieht, daß jene bey weitem den Vorzug vor allen übrigen Kunst- und Industriekapitalen behaupte; das jedes andere technische Erwerbsmittel nicht nur den Unterhalt sichert, sondern, gehörig betrieben, ein in Beziehung auf Lebensgenüß bequemes Dasein bereitet, auch den Bürger nicht selten in den Stand setzt, außer dem noch einen besonderen Gewinn zu erobern, so sieht dem Staatsdiener wohl der Rechtsanspruch zur Seite, daß, weil sich ein höheres Kunstkapital höher rentiren muß, er auch einen größern Nügen zu erwarten befugt ist.

Dieser Satz rechtfertigt sich um so mehr durch die Betrachtung, daß der Staatsdiener durch besondere Anlagen, und durch eine eigenthümliche Bildung, mühsam und teuer erworbren, sich zu den Geschäfte, welchem er vorsteht, vorbereiten mußte; daß er dem Staate in Be-ziehung auf das ihm anvertraute Amt mit Ehre und Vermögen verantwortlich ist; daß auf der Art, wie er seinem Posten vorsteht, zum Theil das Wohl und Wehe des gemeinen Wesens herühret; daß ein Staatsamt ihn in der Regel ganz ausschließend beschäftigt, und seine Lebenskraft dadurch zeitlich erschöpft wird; daß mit dem Staatsdienstke nicht selten Aufwand verbunden ist, den er unmöglich vermeiden kann; endlich daß der Mann von Bildung schon mehr Bedürfnisse hat, wenn wir auch nicht die oft konventionellen Forderungen des Luxus in Anschlag bringen wollen, welche abzuhündern nicht in der Macht eines Einzigen steht.

Die Besoldungen müssen daher nach einem höheren, liberalen Maßstabe entworfen, dürfen aber bey den wandelbaren Verhältnissen der Dinge nicht für Jahrhunderte regulirt sein, vielmehr sollen sie mit den Bedürfnissen der Zeit ein billiges Ebenmaß halten, weil auch jeder andere Erwerb mit jenen fortscleitet. Um wenigsthen können sie, über welche bloß die Grundfälle des Rechts entscheiden sollen, von einer gnädigen Discretion abhängen.
Die Entschädigung des Staatsdiener's muss also zwey ten in Beziehung auf den Lebensgenuss einschließlich des Familienstandes eine ausständige Existenz gewähren.

Wohl dem Lande, in welchem die Besoldungen auf diesen gerechten Grundlagen gebaut, und nach solchen vollzogen werden; es wird um geschickte und eiserne Beamte minder in Verlegenheit seyn, als das andere, wo der Staatsdiener weit weniger erhält, als der mittelmäßige Handwerker in seiner Werkstatt verdient. 3)

Die bisherige Zusammensetzung der Begriffe hat gelehrt, wie aus der Natur der Staatsseinrichtung der Staatsdienst, und aus diesem die Besoldung als Entschädigung hervorgeht. Auf demselben Wege gelangen wir zu dem Begriffe der Pension. Jene spricht sich

3) Dagegen die höhern Grundlagen der Besoldung für dergleichen Dienste nicht gelten können, welche auf einer bloßes Lobation, oder auch auf irgend einem ungenannten Beruf beruhen, so schließt jedoch diese Theorie die besonderen Anprüche dergleichen nicht aus, welche berufy Dienste ausdrücklich oder stillschweigend auf lebenslang eingegangen haben.

als eine vollkommene Förderung des Rechts aus, letztere nicht minder.

Folgende Betrachtungen mögen diesen Satz rechtfertigen:

Wir sagen im gemeinen Leben; der Mann ist in Ruhestand, in Pension verlegt worden, welcher mit Weisbehalung seines ganzen Gehaltes, oder mit einem Theile davon definitiv ausser Diensthärigkeit kommt.

Ich brauche nicht darzustellen, daß derselben Staatsdiener nicht in die Kategorie des Pensionssstandes gehören, deren Aktivität mit der Bestimmung, zu welcher sie in Thätigkeit geseh in worden sind, erloschen ist; oder wenn geltender Umstände in der Staatsverfassung solche Veränderungen verlangen, wodurch dieses oder jenes Staatsamt zwecklos wird. In beynim Fällen wird die Dienstaktivität nur unterbrochen, und solche auf eine andere Zeit vorbehalten.

Die definitive Qualität des Staatsdiener's, und dessen Uebergang in den rechtlichen Pensionssstand wird in der Regel durch die
zwey Falle herbeigeführt: a) durch die gänzliche Unvermögenheit des Staatsdiener, sodann b) durch die Entlassung.


Die Wahrheit dieses Sagers rechtsgiltig ist noch mehr durch die Betrachtung, daß der Staat die Thatkraft des Staatsdiener ausgeschließlich beschäftigt hat, wodurch einerseits die Lebenskraft des legtern, wie die Erfahrung
beweist, eher erschöpft wird, anderseits der selbe sich auff der Möglichkeit befindet, während der Dienstzeit, noch weniger aber, wenn er darin alt und unfähig geworden ist, eine andere standesmäßige Subsistenz anzuknüpfen, sohin dessen physische und politische Unvermögenheit als eine Folge des Staatsdienstees angesessen werden muß; ferner, daß jede andere bürgerliche Gewerbe, wenn er es gewählt haben würde, ihm, wie es das gemeine Leben allenthalben besättigt, in den Jahren des Alters und der Entkräftung eine hinreichende Kompetenz gesichert hätte.

β) Ohne mich in die, zu dem gegenwärtigen Thema gar nicht gehörige, Frage einzulassen, ob eine Regierung befugt sey, den treuen Staatsdiener seiner Dienste zu entlassen, so erweisen sich jedoch Fälle, in welchen es geschieht, und es gehört eben nicht viel Beurtheilung dazu, um einzusehen, daß, wenn der Staat dem Staatsdiener eine ehrenvolle Entlassung erteilet, es nur mit der vollen Verbehalung des Standesgehaltes geschehen darf, aus dem natürlich und geselligen Grunde, weil es der Wille und die Veranlassung der Regierung ist, daß der Staatsdiener, zur fortzuführenden Dienstthätigkeit bereit, diese nicht mehr leisten soll. Es gehört jedoch der Fall nicht hierher, wenn der Staatsdiener den Staatsdienst wegen einem begangenen Verbrechen durch die richterliche Erkenntnis verliert, weil abdann seine Schuld die notwendige Ursache der Entlassung geworden ist.

Indem der Staatsdiener aus der Dienstaktivität in eine definitive Ruhesenz tritt, verzichtet die Befoldung nach dem gemeinen Sprachgebrauche ihrem Namen, und heißt Pension, aber sie verändert nicht ihre Natur. Denn die Befoldung ist eine Folge des Staatsdienstes, die Pension eine Folge der Befoldung. Sie ist das Surrogat für einen sonst ergriffenen Erwerbsvortheil, auch die Pension. Sie entspringt aus dem Titel eines bleibenden und unwiderruflichen Nahrungstandes, eben so die Pension. Sie wird daher auf die Lebenszeit mit Hinsicht auf einen anständigen Lebensgenuß ertheilt, eben deswegen hat auch der Staatsdiener, wenn er durch Alter und Entkräftung dienstunfähige, von gerechten Auspruch auf die standesmäßige Pen-
ktion, und darf nur dasjenige verlieren, was zum Aufwande des wirklichen Dienstes gehört.

So finden wir alle Prädikate der Beförderung in der Pension wieder, weil diese im Grunde jene ist, nur nach dem gemeinen Sinne unter einem andern Namen.

Nach dieser systematischen Darstellung der Begriffe und Grundsätze vom Staatsdienste, von der Beförderung, und ihren Folgen ist es daher leicht, zu dem philosophischen rechtlichen Schlüsse zu gelangen:

Die Pensionen der Staatsdiener sind eine vollkommene Forde rung des Rechts, kein Geschenk der Regentengnade.

Aber es gibt ausser den angeführten Eindigungsarten der Staatsdienste noch eine dritte: sie ist der Tod des Staatsdiener.

Wenn dieser ehelos lebte, so mag wohl auf ihn passen: mors ultima linea rerum.

Allein wenn er Gatte und Vater war, wenn er eine Familie hinterlässt, so entsteht die wichtige Frage: haben mit dem Tode des Staatsdiener alles Verbindlichkeiten des Staates aufgehört, oder in welchem Verhältnisse steht die hinterlassene Familie mit dem letztm.

Die Auslösung dieser Frage ist schon mehr Schwierigkeiten unterworfen, und mit ihr als dem eigentlichen Objekt der gegenwärtigen Abhandlung gehe ich auf den andern Theil desfelsben über.


Wenn die zwei ersten Gesetzen die Pensionen der hinterlassenen Familie in die Kathedera e
tegorisch sichs über die allgemeine Fähigkeit dieses Geschlechts in Beziehung auf den letzten Punkt absprechen läßt, so viele Erörterungen vielmehr das Gegenteil darbieten, so können wir auf der andern Seite nicht in Abrede stellen, daß die Geschlechtsbestimmung des Weibes, die Summe seiner Anlagen, und der Kreis seiner Wirksamkeit die im öffentlichen Leben erwerbende Tätigkeit des Mannes surrogieren, und nach der allgemeinen Dekonomie der Dinge mit dieser gleichmäßig konkurrieren, abgesehen von den verschiedenen Stufen der Bildung, auf welchen Natur und Kunst ein Weib vor dem andern mehr für dieses oder jenes Mann, mehr für diesen oder jenen Nahrungsstand schuf, und bald mit größern, bald mit kleineren Ansprüchen beschenkte.

Wenn schon der aus dem Begriffe der bürgerlichen Einrichtung genommene, dem Staatsdienste anliegende Charakter eines Nahrungsstandes die Rechtsforderung der Witwen und Waiften auf eine Pension begründet, so mag es hingegen noch eine tiefer liegende, von irgend einem Zustande nicht abgeleitete, sondern eine selbstständige Eigenschaft geben, eine Ge-

Die Menschheit, welche der Mensch in die bürgerliche Gesellschaft mitbringt, nicht erst von selber empfängt, ich meine — das Recht des Familienstandes.

„Der Mensch war eher, als der Unterthan, und ehe er sich in eine Staatsgesellschaft begab, oder hineingereiht, hatte er schon als Ehemann, Vater, Haus herr und Bürger die Freuden und Leiden des geselligen Lebens gekostet."


Der Staat ist nicht des Regens wegen; der Mensch nicht des Staates wegen da, sondern bessere sind es wegen dem Menschen, und jemehr sich ersterer von dem Rechte der Natur entfernt, desto ungerechter wird er. Solche Sache mögen zwar im Sturme unserer Zeit verhallen, aber dieses traurige Schicksal das dem Menschenfreunde den Muth nicht nehmen, die Rechte seiner Brüder bey jeder Gelegenheit laut zu verkünden, welche zwar durch der Besehdenheiten Unbild leiden; aber niemals untergehen können, so lange ein Menschengeschlecht seyn wird.

Die Staatsgesellschaft hat nach dem reziproken Rechtsverhältnisse, und nach dem Grundsage, dass die Individuen die Sicherung der ganzen Summe ihrer Gerechtsame, und den Fortgang ihres physischen und moralischen Wohls verlangen können, kein Recht, der Geschlechtsvereinigung ein Hinderniss in den Weg zu legen, sondern sie hat vielmehr die Verbindlichkeit, jene zu fördern, weil sie in der Bevölkerung das möglich physische Daseyn des Ganzen, und dessen Fortdauer gründet, so wie die Hauptsquellen von innen und aussen erweitert; ferner weil die Geschlechtsvereinigung, verbunden mit einem sittlichen Zwecke, ein Rechtfertiger der Moralität ist, diese aber mit Recht für das oberste Prinzip des gesellschaftlichen Vereins und der Politik gelten muss.


„Bey allen Nationen bis auf unsere Zeiten hat man dies Bedürfniss gefühlt; bey allen Nationen hat sich dieses moralische Gefühl erhalten; bey allen Nationen finden wir die Ehen nicht als ein nützliches Institut, nein, als eine notwendige Einrichtung des Menschengeschlechts erkennet, und in den Staaten geheiligert.“

Nach der ursprünglichen Gleichheit aller Menschen ohne Rücksicht des Geschlechts in Beziehung auf das allgemeine Rechtsverhältniss ist

1) Karl Besserer Versuch einer systematischen Entwicklung des Rechtsverhältnisses der beyden Geschlechter, Tießen 1800. Th. 1. S. 64.
es natürlich, daß auch das Weib an der politischen Einrichtung Anteil habe. Diese darf jedes nach dem Verhältniß seiner Anlagen in der Verteilung der Mittel nicht übergehen, welche zum allgemeinen Zwecke führen. Denn wenn die Regierung ein Recht hat, die Fähigkeiten jedes gesellschaftlichen Individuums nach seiner Geschlechtsbestimmung für den Staatszweck zu benützen, so hat sie auch die Verbindlichkeit, für das Wohl und Weh beforgt zu sein, welches aus diesem Gebrauche entstehen mag.

Das Weib, dessen Rechte mit jenen des Mannes der Form nach gleich, und nur in der Materie verschieden sind, höret auf, ein passives Wesen zu sein, und wird eine positive Teilnehmerin am Ganzen, wenn es Gattin und Mutter wird. Der Staat, mit welchem jenes durch diesen besonderen Titel in eine besondere Verbindung kommt, ist ihm daher in der neuen Beziehung Aufmerksamkeit schuldig.

Gereinigte, von der Natur und der Verpflichtung ausgehende Begriffe lehren uns, daß der Zustand der Ehe durchaus nur eine Gesellschaft gleichheitlicher Rechte und Verbindlichkeiten sey.

Es würde dem Verstande Gohm sprechen heizen, es beweisen zu sollen. k) Sie unterscheiden sich nur in der Art der Ausübung. Denn, indem beide Handlungen gemeinschaftlich nach derselben Zwecke hinsprechen, äußern sich ihre Handlungen nach der Bestimmung und Eigenheit ihres Geschlechtes.

Durch die Verbindung des Mannes und Weibes zur wechselseitigen Mittheilung ihrer physischen und moralischen Eigenthümlichkeiten, um zur Beförderung des heyberseitigen Wohlsfeyns permanent zusammenzuwirken, entsteht die fittische Ehe, und erhält ihre Rechtlichkeit (loyauté) durch den nach den Gesetzen des Staats errichteten Chevertrag.

Die Folgen einer solchen Verbindung sind: Der Zustand der Personen wird verändert, und äußert sich am meisten auf der Seite des Weibes, welches, die Fäden des bisherigen Ver-

Feders Grundlehre zur Kenntnis des menschlichen Willens. Th. 2. S. 54.
Höpner Naturrecht S. 133.
hältnisses trennend, von nun an den Konditio-
nen des Gatten folgen. Ferner

Es werden Kinder erzeugt, und mit ih-
nen neue Rechte und Verbindlichkeiten für die
Verbundenen.

Betreffend den ersten Punkt, involviert
derselbe Rechte auf den gegen seitigen Schutz
und Beyständ zur dauernden Erhaltung und
Vermehrung des bezelnden Wohlfeyns. Ein
vorgängiges hieraus resultierendes Recht ist die
gemeinschaftliche Haushaltung. Sie begründet
in sich die wechselseitige Pflicht des Beytrags
zur gemeinschaftlichen Dekonomie, und es fol-
gt, weil der reciproke Beystand die Beförde-
rung des gemeinsamen Wohlstandes zum blei-
benden Zwecke hat, daß diese Dekonomie die
Erhaltung für die Gegenwart, und die Sicher-
stellungs gegen Mangel für die Zukunft in sich
fassen muß, es folget, daß das Vermögen der
Kontrahenten, so wie die Früchte ihres Kunst-
und Industriekapitals b. i. die Früchte des
Nahrungsstandes durh die Ehe in so weit ge-
meinschaftlich bleiben, in wie weit zur unum-
gänglichen Erreichung jenes Zweckes nöthig ist.

Betreffend den zweiten Punkt, haben bey
be Gatten die Verbindlichkeit, ihre Kinder durch
eine physische und moralische Erziehung zu be-
fähigen, selbstständige Wesen zu werden. So
lange diese durch ein physisches und moralisches
Hinderniß von der Selbstständigkeit abgehalten
werden, dauert die Verbindlichkeit der Eltern
zur Unterstüzung fort.

Es wird nach diesen Prämissen Niemand
in Zweifel ziehen, daß der Form nach die
Rechtsverhältnisse des Weibes zur Staatsge-
seellschaft mit jenen des Mannes gleich sind,
und daß dieser Sag seine Richtigkeit sowohl
in Beziehung auf die natürlichen, als auf die
positiven Gesetze behaupte. Hieraus folget,
dß das Recht des Familienstandes so gut das
Aggregat des Weibes, als des Mannes sey,
und daß das Weib jenes Recht in Erfüllung
bringe, indem es Ehegattin wird.

Aber so entschieden die Verbindneste des
Mannes in Rücksicht auf das öffentliche Wohl
finden, so dürfen wir nicht verkennen, daß sich
auch das Weib durch seine Geschlechtseigen-
thümlichkeiten noch besondere Verbindneste und
Auspräche in Beziehung auf den Staat schaf-
tet. Denn Es ist es, welches durch die ehliche
Verbindung den Zweck der Bevölkerung sittlich
möglich macht. Es ist es, welches in dem
beschwerlichen Zustande der Schwangerschaft
und der Geburt, der Natur getreu, für das
bessere physische Daseyn der Generation wirkt.
Es ist es, welches nachher die erste Pflegerin,
die erste Erzieherin für den Körper, und für
die Seele des jungen Weltbträgers ist. Als
Hausfrau — wie nützlich erscheinet sie! Sie
verwendet mit vernünftigen und haushälteri-
schen Rücksichten die Ertränisse des Nahrungsz-
standes für den Familienbedarf, sie erhält die
Maschine der inneren und äußeren Wirtschaft,
und erobert nicht selten für die Zukunft. Als
Gesellschafterin des Mannes — wie wohlthätig
spricht sie sich nicht aus! Ist sie es nicht, die
den Schweiß von der Stirne des Mädchens trock-
net, durch einen freundlichen Umgang sein Ge-
müt gehäut, als beforgt Pflegerin dem Staat-
tef einen nützlichen Arbeiter erhält? Ist sie es nicht,
durch ihre Liebe und Treue Ruhe und Frieden
in das Gatten Seele wohnt, ihn zu den
Geschäften des Berufs aufgelegt und mutsig
macht, und in seinem Geiste den Ausschmung zu

Großthaten erzeugt, ausgeführt zum Ruhme
dessen, der sie vollbrachte, zum Wohle der Ge-
sellschaft, zum Triumph des menschlichen Ver-
standes und Herzens? Wer weiß endlich nicht,
das der schöne Funke des Patriotismus nicht leich-
ter entgleicht, und genähret wird, als in dem
getreuen Schoße der Familienliebe? Die Ge-
schichte hat uns, hievon viele und glänzende Be-
spiele ausgewahret, welche da waren, und wel-
che, wir wollen es mit Zuversicht hoffen, wie-
der kommen werden.

Wer kann mehr nach diesen Betrachtungen
ein Bedenken tragen, daß der Staat dem Weibe
vorzügliche Rücksichten schuldig fey, daß der Zu-
stand dieses von jenem des Mannes politisch nicht
getrennt werden dürfe, und daß die Ehen als ein
fittlicher Zweck, als ein Konservatorium der Gan-
zen geehret werden müssen? Erkennen aber der
Staat jene als eine rechtliche, nützliche und noth-
wendige Ursache, so muß er sie eben so in den
Wirkungen erkennen. Die Geschichte hat uns
ausgewahret, welche ausgezeichnete Achtung die
Völker des Alterthums, vorzüglich die republi-
kanischen, für den ehelichen Stand hegeten, und
wie sie selbst diese Hochachtung durch Gesetze aus-


sprachen, indem sie den Vater vieler Kinder bezöchnten.

Der Staat muß wollen, daß jeder Bürger heirathet; er muß wollen, daß auch der Staatsbeamte heirathet; er muß die Möglichkeit der Heirath befördern, den Staatsdiener also so besolden, daß er heirathen kann.

Wenn dieser auf den Nahrungsstand durch Besoldung Rechte haben kann, warum soll er seine nicht auch erlangen dürfen, um sein Recht auf einen Familienstand zu realisieren? Selbst von der Becke, welcher in der Beurtheilung der Staatsdienste das Weib und die Kinder ausser aller nothwendigen Beziehung mit dem Staate läßt, bestimmt, daß der Staatsdiener so besoldet werden müsse, um für sich und seine Familie leben zu können.

"Daß der Diener für sich sein Auskommen haben müsse, sagt er, wird man mir leicht zugeschehen, aber in Ansehung der Familie wird man vielleicht einwenden, daß der Staat auf dieselbe keine Rücksicht zu nehmen gebrauche, weil nur der Diener zum Dienst angenommen sey, und die-

fer wissen oder selbst zufügen müsse, ob er eine Familie ernähren könne oder nicht. Allein man darf es als Regel annehmen, daß ein Jude heirathet, wenn er kann, folglich darf man auch die Besoldung schon aus diesem Grunde nicht auf einen ledigen Menschen berechnen, und da man noch überdies aus sehr wichtigen Gründen verheirathete Diener zu haben wünscht, und wünschen soll, so ist es auch nothwendig, bey der Bestimmung der Besoldung auf eine Familie Rücksicht zu nehmen."

Man sieht, daß der Verfasser, obschon die Einwendung berührend, daß der Staat auf die Familie keine Rücksicht zu nehmen brauche, von dem Staatsbürger dennoch nicht den Chestand, von der Besoldung nicht den Familienstand scheiden kann, sondern sie nothwendig besammen denkt. Dieselben Gründe übrigens, welche bey den Besoldungen die Familie zu berücksichtigen gebieten, können auch angenommen werden, wenn von der Pensionierung derselben die Rede ist.

Der Mann rückt durch die Che die Grenzen seines Daseyns weiter hinaus. Denn die Che kann nicht feyn ohne Gattin, auch werden Kinder

Nach der philosophischen Ansicht dieser vorgetragenen Gründe ist also der Staat durch eine vollkommene Pflicht verbunden, für den Unterhalt der von dem Staatsdiener hinterlassenen Familie zu sorgen. Diese Rechtsforderung hat die erhabene Regierung von Baiern bereits i. J. 1805 durch die Hauptlandespragmatik über die Dienstverhältnisse der Staatsdiener vorzüglich in Beziehung auf ihren

ihren Stand und Gehalt 2) praktisch entschieden und befriedigt, der Nation und der Zukunft zum großen Denkmal der Gerechtigkeit, den übrigen Staaten zum schönen Beispiele der Nachahmung.

In derselben i. J. wird die Pension ein auf die Witwen und Kinder der Staatsdiener übergehende Ergänzungsteil der Gehalte genannt, und zwar mit Grund: denn die Familie des Staatsbeamten nimmt einen gesetzlichen Anteil an dessen Befoldung, diese gilt für das Surrogat eines andern Nahrungsstandes, welchen man sonst ergriffen hätte, die Pension erscheint daher in den Witwen und Kindern der Staatsdiener als eine Folge der Befoldung, wodurch allein die Natur einer Pension im eigentlichen Sinne erzeugt wird.

Die bisher angestellten Betrachtungen über die Natur und Bestimmung der Pensionen führen nothwendig auf Bemerkungen, welche als Konsequenzen aus jenen hervorgehen, und lassen sich in folgenden Fragen auffstellen:


Können Pensionen bloß für einen Beiztrag gelten?

Die Pension im Allgemeinen hat ihren zureichenden Grund in der Besoldung des Staatsdieners, und ist ein Theil der legten. Der Staat hat eingewilligt, daß der Staatsdiener heyrathe, daß er durch die Gründung einer Familie sein Dasein erweitern. Die Gattin und die Kinder, Eine moralische Person mit dem Gatten und Vater bilden, haben daher ein vollkommenes Recht, an der, dem legten für Entschädigung gegebenen, Besoldung so lange einen Anteil zu nehmen, bis sie es nicht mehr bedürfen, auch dann, wann selber nicht mehr ist. Der Staat hat also die vollkommene Pflicht, aus dem Grunde der Entschädigung für den Unterhalt der Familie des verlehrten Staatsdieners in einer Pension zu sorgen, hingegen die Familie einen vollkommene Rechtsanspruch, aus welchem Grunde die Pension in dem gegebenen Falle nicht für einen bloßen Beiztrag, nicht für etwas Sekundäres angesehen werden darf.

tet, die Verwaisten für den Verlust in Beziehung auf ihre Sustentation schadlos zu halten, abgesehen davon, daß der Grundsaß der Entschädigung bey dem unvermögen Mann um so mehr in die Augen springt, weil jener dem Staate in dem bürgerlichen Gewerbe, daß er sonst hätte ergreifen können, alles, selbst die mögliche Subsistenz zum Opfer brachte, hingegen dem Andern in seinem Vermögen eine Art von Nahrungsstand übrig blieb.

Sind die Heirathlizenzen für den Staatsdiener unbedingt notwendig?


0) S. 217. 8. 84. dann S. XI. Anmerk. 56. zur berührten b. Hauptlandspragmatik.

und gibt es noch, daß nicht Feder nach einer vernünftigen Abwägung der Umstände in diesem wichtigen Punkte zu Werke geht, wodurch sich die Regierungen veranlaßt sehen, die Berehrigung des Staatsdiener eines vorauszehenden Prüfung zu unterwerfen, sohin jenem vorzuschreiben, sein Vorhaben vorerst anzugeben, worauf jene nach Beschaffenheit der Umstände eine Verbindung erlauben. In dieser Hinsicht erscheinet solches als eine zwar lohenswerthe Maxime der Klugheit, und der polizeilichen Aufficht, welche bloß verhindern soll, das für das Ganze kein Nachtheil entstehe, allein das absolute Aggregat eines Rechts ist es nicht, weil gerade in der Ertheilung der Heirathlizenzen die Regierung dem Staatsdiener gegenüber als ein Kontrahent erscheinen würde, welchen Begriff wir jedoch aus der Lehre von der Verleihung der Staatsämter zu entfernen bemüht sind. Hofr. Gönner sagt selbst, die Regierung dürfe ihre Einwilligung freylich nur in der Voraussehung einer gegebenen Ursache versagen. Was heißt aber das anders, als so viel: die Regierung muß ihre Einwilligung im allgemeinen erteilen? Denn ist eine gegründete Verhinderung im Wege, so darf man anneh-
men, daß diese auch ohne die Richtigkeit des Staates der moralischen Möglichkeit der Verzehligung Schranken sehe. Um so weniger kann ich endlich, dem Sage heypflichten, daß der Staat aus dem Grunde der durch eine Pensionseinsatz für die Wittwen und Waisen der Staatsdiener übernommenen Familienfür das Recht zu Heirathsverlaubnissen besitze, weil die Verbindlichkeit desselben zur Pensionierung in höheren Prinzipien, als in der Ertheilung einer Ehelingslizenz, zu suchen ist.

Kann der Staatsbiener bey der Erlangung einer Heirathserlaubnis mit Rechtswirkung Entfugungen eingehen?


Hat der Staatsbiener an und für sich die individuelle Verbindlichkeit, für die Sustentation der Seinigen über seinen Tod hinaus zu sorgen?

Ich kann mir keinen Grund denken, auf welchem dieses behauptet werden könnte. Es liegt zwar in der Natur der Sache, daß der
bürgerliche Gewerbsmann auch den künftigen Zu-
stand seiner Familie vorbereitet, und auf solche
Art über sein Dasein hinaus für ihre ökonomi-
sche Subsistenz sorget, ohne daß der Staat da-
ran einen direkten Anteil nimmt. Allein man
weiß, daß ein solches Gewerbe nicht mit dem
Tode des Familienhauptes aufhört, sondern in
solchen Fällen der Nahrungsstand auf Realitä-
ten, oder auf der fortdauernden Ausübung ir-
gend eines bürgerlichen Geschäfts gegründet ist.
Aber dieses trifft nicht bey dem Gelehrtenstande
ein, bey welchem alles auf der individuellen Per-
fönlichkeit beruht, und das Amt die Person nicht
überschreitet. Aus diesem Grunde muß die Be-
soldung für ein Surrogat des allgemeinen Nah-
rungsstandes gelten, und wie dieser in dem eben
gegebenen Falle nach der Natur der gemein bür-
gerschen Einrichtung auch den künftigen Unter-
halt einer Familie in sich begreift, so muß auch
die Natur der Befolgung den Grund der künf-
tigen Subsistention der Familie in sich haben, die
der Staatsdiener zurückläßt, und eben daher er-
scheinet die Pension der Witwen und Waisen
als eine Förderung des Rechts, nicht als ein
Geschenk der Gnade.

Nebenbah ist nicht in Abrede zu stellen, daß
der Staat wollen muß, jeder Bürger, jeder
Staatsdiener möge heirathen. Die Ehe ist nach
bessern Begriffen keine Handlung der Willkür
auf Seite des Individuums, und nicht gleichgül-
tig für das Interesse des Staats. Denn ohne
Hinderniß kann Niemand wollen, ungehesset zu
bleiben, und der Celibat ist keine solche Maxi-
me, daß man wünschen kann, sie möge die all-
gemein herrschende seyn. Die Bedingung der
Ehe erscheinet in jedem Individuum als still-
schweigend nothwendig, folglich hat jeder ange-
hende Staatsdiener die Boraussehung für sich,
was er Familienvater werde. Die Regierung
darf daher nicht glauben, nur gegen dienen igen
verbunden zu seyn, mit welchen sie kontrahirt
hat. Denn jene Boraussehung ist natürlich
recht, und bedarf keines besonderen Vertrags mit
dem Weibe als Gattin. Daher ist es eine ganz
richtige Folge, dafs der mit dem Staatsdiener
eingegangene Entschädigungssvertrag, wenn man
ihn je nach andern Prinzipien einen solchen nen-
nen wollte, sich stillschweigend auf dessen künfti-
ge Familie erstrecken muß.

Ist der Staatsdiener verbunden, durch Bef-
soldungsabzüge zu einer Wittwenkasse beizutragen?
Ich glaube nicht. Die Regierung ist auf einem notwendigen Grunde verpflichtet, zu besolden, dieser Grund heißt Entschädigung. Es ist mir kein Beispiel bekannt, daß ein Staat im Allgemeinen so große Besoldungen bezahle, um durch successive Abzüge den Fond einer Witwenkasse bequem bilden zu können. Vielmehr pflegen sie in den mehrensten Orten so mäßig zugetheilet zu sein, daß sie nichts übrig lassen. Sollte der Staatsdiener auch in diesem Falle Abzüge leiden, so muß er es von demjenigen thun, was er selbst bedarf, und die Besoldung höret auf, ein gleichgeltendes Surrogat des allgemeinen Nahrungsrstandes zu sein. Eben so widersprechend ist es, von demjenigen, was der Staatsbeamte zur Entschädigung erhält, wieder etwas zu einer künstigen Entschädigung abziehen zu lassen. Wir mögen übrigens die Besoldung für eine verdiente Entgel tung der von jenem geleisteten Arbeit, oder als ein Surrogat des Nahrungsstandes gelten lassen, so erscheinet erstere als eine kategorische Verbindlichkeit des Staats, welcher derselben nicht zugleich eine Befugnis zugesellen darf, von demjenigen wieder etwas zu nehmen, welches ganz zu geben er verpflichtet ist, folglich jeder Besoldungsabzug zu jener Anstalt als ungericht.

Es kann geschehen, daß ein Staatsdiener keine Familie hinterläßt. In diesem Falle erreichen seine gemachten Beiträge den gedachten Zweck nicht, sondern sie werden andern Personen zu Theil. Es ist zwar schön, für Andere beizutragen, aber es ist dazu keine volkommene Pflicht vorhanden, am wenigsten bei den für die zurückgebliebene Familie des Staatsdiener's erfundenen Witwenkassen, weil jeder nur für die Seineigen bezuzutragen denkt. Endlich entsprechen vergleichwe wohlgemeinte Institute dem Zwecke alsdann nicht, wenn Kinder nachgelassen werden, weil im Ganzen nur auf kleine Besoldungsabzüge eingeschränkt, nicht für diese, sondern nur für die Witwe gesorgt zu werden pflegt, und überhaupt die Gabe, welche dieses empfängt, so sparsam ausfällt, daß der größte Theil der notwendigen Bedürfnisse unbefriedigt, und die unglückliche Familienmutter den empfindlichen Leiden der täglichen Nahrungsforgen, und eines betrübten Lebensrestes überlassen bleibt.
Wie groß soll die Pension der Hinterlassenen feyn, und darf solche nach den Dienstjahren des Staatsdiener's berechnet werden?


Wenn die Wittig ihren Stand nicht wieder durch eine Heirath verändert, muß die Pension lebenslänglich feyn, weil die Ehe, ihre rechtliche und politische Folgen auf die Lebenszeit bemessen sind.

Die Kinder genießen jene bis zu dem Moment, da sie sich selbst zu erhalten anfangen, und zu ihrer Selbstständigkeit gelangen. Wenn physische und moralische Gebrechen sie daran immer verhindern, dann muß die Pension auch für sie lebenslänglich feyn.

Bey der Frage: ob die Dienstjahre in der Regulirung der Pensionen entscheiden sollen? ist zwar nicht zu verkennen, daß in der Einrichtung der Pensionen allerdings eine Bestimmtheit, ein gewisses Maas gelten soll, um als Regel zu dienen, und da mag die Rücksicht auf das Dienstalter, in welchem man die physische Natur des Menschen vor Augen hat, wohl die richtigere feyn. Aber auf der andern Seite kann man sich die Bemerkung nicht versagen, daß die Pension der Staatsdiener und ihrer zurückgelassenen Familie die notwendige Folge eines notwendigen Grundes ist, also der Bedingung der Zeit nicht wohl untergeordnet werden darf, sonst menget sich unter die Forderungen des Rechts der Zufall. Denn zufällig ist es im Allgemeinen, wenn dieser Staatsdiener lange, jener nur kurz
lebet. Auch mag oft geschehen, daß ein wissensschaftlicher, gelehrrter, und rechtschaffener Staatsbeamte, welchem, dem gemeinen Wesen nur eine Olympiade zu dienen, vergönnet ist, weit mehr nützt, als ein mittelmäßiger oder schieser Kopf in einem halben Jahrhunderte.

Können die Befoldungen und Pensionen einer richterlichen Verfützung zum Nachtheile dessen, der sie genießt, unterliegen?


Allein wir haben auch Beispiele, daß den Befoltern und Pensionisten ein Theil, gemeiniglich der dritte, abgezogen zu werben pflegt, um damit ihre Gläubiger zu befriedigen. Also dann müssen wir voraussehen, daß es große Staaten von reichern Hiffquellen, und liberalen Maximen sind, welchen die Befoldungen und die Pensionen nicht nur den notwendigen, sondern auch einen anständigen Lebensunterhalt gewähren, folglich ein Abzug weniger empfindlich fällt.

Dieses sind meine kurze, aber freimütige Gedanken über einen Gegenstand, welcher in den Kabinetten der Großen fast alle Tage zur Sprache kommt, aber noch an vielen Orten weniger gründlich behandelt wird, als er es verdient. Es ist rechtlich unmöglich, die Pensionen für das willkürliche Geschenk der Gnade eines Wortes ohne rationellen Sinn gelten zu machen. Ich scheue mich nicht, eine Theorie vorzutragen, welche nur durchdachte Gründe, und warmes Gefühl für Recht und Humanität mir eingaben, obwohl sie nicht an
allen Orten Eingang finden, am wenigsten dort, wo beschränkte Köpfe, und feile Seelen dem schimmernden Gebiete der Gnade huldigen, weil Mangel an Verdienst und innern Werth sie für höhere Begriffe unfähig macht, oder wo stolze und selbstsüchtige Menschen, willkürliche Maximen, und eigennützige Staatsverwaltungen herrschend sind. Dagegen ist es ein belohnendes Gefühl, die Feder für Witwen und Waisen zu führen, und es würde für mich noch belohnender werden, wäre ich so glücklich, durch die hier mitgetheilten Gedanken beizutragen, die Rondition der Staatspensionäre dort, wo sie es noch nicht ist, sicher zu gründen, und die prekäre Lage der zurückgelassenen Familien der Staatsdiener zu verbessern!